



Studiengebühren – was für uns?

Die Zukunft der Universitäten beherrscht die Tagespolitik. Dabei wird über die Menschen gesprochen, für die ESG da ist: Studentinnen und Studenten.

Die anstehenden Entscheidungen in der Hochschulpolitik werden entscheidend sein für das Leben der zukünftigen Studierendengeneration an den Hochschulen, entscheidend für ihre Möglichkeiten für persönliches Engagement, für weiterführende Studien nach eigener Interessenslage und für viele auch entscheidend dafür, ob sie überhaupt studieren können.

Die Diskussion um Studiengebühren wird in der Öffentlichkeit durch finanzielle Argumente getragen: Die Gebührenbefürworter verweisen auf „Sparzwänge“ und vermeintliche „soziale Gerechtigkeit“, doch alle ihre Argumente können ebenso plausibel widerlegt werden wie die Kurzsichtigkeit dieser Betrachtungsweise nachgewiesen werden kann (z.B. durch: www.gute-bildung.de/argumente).

Doch darum soll es hier nicht gehen, denn die ESG scheint gut beraten, sich auf die rein finanzielle Betrachtungsweise von Universität nicht einzulassen, dieses aus zwei Gründen:

- Die ungerechte Verteilung des Wohlstandes in der Bundesrepublik Deutschland und in der ganzen Welt ist uns vorgegeben. Wir müssen darauf achten, dass wir nicht nur mit Begriffen arbeiten, die außerhalb unseres Handlungsfeldes liegen. Die ESG kann momentan an der ungerechten Wohlstandsverteilung weniger ändern, als an der Situation der Hochschulen. Wenn wir also die gerechtere Verteilung von Reichtum zu einer notwendigen Bedingung für eine Verbesserung an den Hochschulen machen, so werden wir handlungsunfähig bleiben.
- Neben dem Problem, dass den Hochschulen eine bessere Ausstattung zu wünschen ist, besteht auch Bedarf sich neu auf die Möglichkeiten des jetzigen Systems zu besinnen und diese verstärkt auszuleben. Die hochschulinternen Diskussionsprozesse sind oft ebenfalls zu reinen Ökonomie-Diskussionen verkommen. Als StudentInnen sind wir jedoch in der Lage, Visionen zu formulieren – so wir uns denn trauen.

Den aktuellen Diskussionen über das Hochschulsystem ermangelt es vor allem an längeren Perspektiven. Die angestrebten Reformen sind ausgerichtet auf den Erfolg im Moment. Es geht um eine Optimierung des Verhältnisses von (finanziellem) Input und Output (an qualifizierten Arbeitskräften), die sich lediglich auf die aktuelle Situation bezieht. Das Totschlagargument ist die momentane Nachfrage. Dieses erweist sich allerdings immer wieder als falsch.

Sinnvoll wäre es aber gerade im Bildungssystem, in längeren Zeitperspektiven zu denken, das heißt eine Reflexion der Wissensgesellschaft von morgen, denn in dieser Gesellschaft lebt die ESG. Sie lebt von Studentinnen und Studenten, die bereit sind ihre Person und ihr Wissen in ein christliches Miteinander einzubringen. Menschen, die ihr Studium nicht als reine Ausbildung begreifen, sondern die Bildung im umfassenderen Sinne und im Dialog mit anderen Menschen suchen. ESGlerInnen sind Menschen, die ihre Persönlichkeit und ihr Wissen nicht für sich behalten und nicht nur in Prüfungen preisgeben, sondern die dies in eine Gemeinde einbringen.



Die Einführung von studienzeit-verkürzenden Zwangsmaßnahmen trifft die Arbeit der ESG in ihrem Kern, denn sie entziehen der ESG die Menschen, die sie ausmachen. Durch die ökonomischen Kriterien, die den StudentInnen für ihr Studium aufgedrängt werden, schwindet die Zeit sich über das Studium hinaus zu engagieren, ja sogar die Zeit zu erkennen, was neben dem Studium verloren geht.

Viele denken: Studiengebühren kommen sowieso. Jetzt kann es nur noch darum gehen, das studierendenfreundlichste Modell durchzusetzen.

Doch dabei wird verkannt, dass genau dies, nämlich die Verbreiterung des Bewusstseins, Studiengebühren seinen sowieso nicht zu verhindern, ein zentraler Bestandteil ihrer Durchsetzung ist. „Sowieso“ passiert in der Politik überhaupt nichts. Es geht nicht, wie ständig suggeriert wird, um die Exekution von „Sachzwängen“, sondern um die Durchsetzung von Interessen. Ganz banal gesagt: Studiengebühren werden dann durchgesetzt, wenn ihre BefürworterInnen stark genug sind, dies zu tun, und ihre GegnerInnen zu schwach, dies zu verhindern. Die entsprechenden Kräfteverhältnisse sind aktuell keineswegs eindeutig, um eine „zwangsläufige“ Entwicklung in diese oder jene Richtung vorhersagen zu können. Vieles ist noch unentschieden. Es stimmt zwar, dass die Ablehnungsfront bröckelt und viele politische RepräsentantInnen eine ziemlich zweideutige Position einnehmen; gerade das ist jedoch ein Grund mehr, solche Personen *nicht* von öffentlichem Legitimationsdruck zu entlasten.

Wir als ESG haben alle Veranlassung uns in die Diskussion um die Zukunft der Hochschulen einzumischen, dazu muss Hochschulpolitik wieder Thema in den ESGn vor Ort werden. Wir müssen Zusammenhänge von Macht, Kapital und politischer Realität deutlich machen und vor allem auch Alternativen aufzeigen. Wir müssen uns wieder deutlich machen, dass die jetzige Wirklichkeit veränderbar ist, die Position des Einzelnen ist im demokratischen Prozess wesentlich, nur seine Gestaltungsfähigkeit muss ihm klar werden.

Der **AK Studiengebühren** der ESG wurde vor kurzem gegründet, um alle Ortsgemeinden dabei zu unterstützen das Thema Studiengebühren und Hochschulpolitik an ihren Hochschulorten in die ESG-Arbeit mit auf zu nehmen und in der Öffentlichkeit die Position der ESG deutlich zu machen. Der Arbeitskreis besteht bis jetzt aus Menschen aus 7 Ortsgemeinden aus 5 Bundesländern. Der Arbeitskreis hat es sich zu weiteren Aufgaben gemacht, Argumente für die Diskussion zu sammeln und zur Verfügung zu stellen, die ESG mit anderen Aktionsbündnissen zu vernetzen, Forum zu sein für die Aktionen, die an den einzelnen Hochschulen laufen, und Materialien für Öffentlichkeitsarbeit zu erstellen.

Der AK Studiengebühren ist für jede und jeden offen und wir freuen uns über Anregungen, Nachfragen und Diskussionsbeiträge.